



**Rede von
Guido van den Berg MdL**

zu:

**„Keine Genehmigung des Uranoxid-Lagers in Gronau,
Ergebnisse der „Endlager-Kommission“ abwarten!“
Antrag der Fraktion der Piraten (Drucksache 16/6116)**

**am Freitag, 4. Juli 2014
im Landtag von Nordrhein-Westfalen
in Düsseldorf
(in APr 16/64)**

www.guido-vandenberg.de

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Rohwedder. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege van den Berg.

Guido van den Berg*) (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Täglich grüßt das Murmeltier“, kann man nur sagen; denn die Anträge zu dem Thema „Atommüll“, die wir hier erlebt haben, haben sich mittlerweile zu einer Kette gereiht, die man sich einmal vergegenwärtigen muss.

Angefangen hat es mit Anträgen, mit denen Sie von der Piratenfraktion uns darauf aufmerksam machen wollten, welche atomaren Altlasten in unserem Bundesland existieren. Als wir Sie dann darauf hingewiesen haben, dass wir das bereits in unserem Koalitionsvertrag abarbeiten, die Gremien also längst am Arbeiten sind, haben Sie den nächsten Skandal aufgedeckt: Sie wollten nämlich darauf hinweisen, dass die Stromkonzerne für ihre Atomabenteuer zur Kasse gebeten werden müssen, und machten das am Beispiel des THTR deutlich. Sie waren dann aber sehr überrascht darüber, dass es dort auch kommunale Beteiligungsstrukturen gibt und man nicht einfach nur die großen, bösen Energiekonzerne als Feinde ausmachen kann.

Dann ging es weiter und eine Aktuelle Stunde musste herhalten. Sie als Piraten standen mahrend auf und erklärten, dass keine Sozialisierung der Kosten für Rückbau und Entsorgung stattfinden könne. Die Aktuelle Stunde verlief so, dass sich alle dieser Meinung anschlossen und das ein Konsens in diesem Hause ist, hielt Sie, Herr Kollege Rohwedder, aber nicht davon ab, uns trotzdem zu beschimpfen und zu sagen, hier in diesem Landtag gäbe es vier Pro-Atom-Parteien. Zitat!

(Hanns-Jörg Rohwedder [PIRATEN]: Ja!)

Also, lieber Herr Rohwedder, Sie sind doch ständig im Internet – gerade, glaube ich, auch. Googeln Sie doch einmal, dass es einen Atomausstieg gegeben hat, dem sich mittlerweile alle Parteien in diesem Hause angeschlossen haben. Das müsste doch auch bei Ihnen angekommen sein.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Nächster Punkt war eine Plenarsitzung, in der Sie uns darauf aufmerksam machten, Sie wollten jetzt Schutzmacht der Kommunen sein und sie gegen ihre eigenen Energiebeteiligungen schützen. Das Problem war nur: Die wollten gar nicht geschützt werden!

Jetzt der nächste Aufschlag: Sie wollen die atomrechtliche Aufsichtsbehörde in Bewegung setzen, die Inbetriebnahme des Uranoxidlagers in Gronau jetzt nicht mitzumachen, weil man zunächst die Ergebnisse der Bund-Länder-Kommission abwarten müsse.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege van den Berg, ich darf Sie einmal unterbrechen. Der Kollege Rohwedder würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Guido van den Berg*) (SPD): Bitte doch.

Vizepräsident Daniel Düngel: Die lassen Sie zu. Herr Kollege Rohwedder, bitte.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Sie erwähnten eben, es habe einen Atomausstieg gegeben. Können Sie mir dann erklären, warum hier noch weitere Atomkraftwerke und auch die Urananreicherungsanlage in Gronau laufen? – Danke.

Guido van den Berg*) (SPD): Mit den Internetverbindungen ist es in diesem Plenarsaal anscheinend doch ganz schlecht. Sonst hätten Sie mitbekommen, dass es sogar schon zwei Atomausstiege gegeben hat,

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

einen von Rot-Grün, den wir übrigens in einem marktfähigen Verfahren organisiert haben, und einen, der über Nacht kam, weil in – glaube ich – Baden-Württemberg eine Landtagswahl stattfand. Wenn das alles an den Piraten vorbeigegangen ist, Herr Rohwedder, tut mir das leid. Ich habe, denke ich, sogar noch Zeitungsartikel, sodass ich Ihnen das in Papierform nachliefern kann, wenn Ihnen das an der Stelle weiterhilft.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist bekannt, seit 2005 gibt es einen Bescheid über die Endbaugenehmigung für die Urananreicherungsanlage in Gronau, für die Errichtung und den Betrieb des entsprechenden Lagers. Wir wissen, dass die Einrichtung 2014 abgeschlossen sein und dort dann der Betrieb erfolgen soll. Hierfür ist noch die Zustimmung der Atomaufsichtsbehörde – dieses Mal beim Land – notwendig. Gleichzeitig ist auch ausgeführt worden, dass es ein Standortwahlgesetz gibt, das wir auf Bundesebene sehr eng begleiten und wo wir darauf achten, dass pluralistisch die Interessen der Bundesländer in der Bund-Länder-Kommission ihr Gewicht bekommen. Die sollen bis 2015 für das Endlager Vorschläge unterbreiten.

Meine Damen und Herren, es kann gar nicht sein, dass eine zeitliche Unbegrenztheit für ein Endlager über die Hintertür in Gronau geschaffen wird. Denn – das sagt das Atomgesetz an dieser Stelle sehr klar – die Genehmigungen können nicht unbegrenzt sein. Das steht in § 9a Abs. 1 des Atomgesetzes. Außerdem sind die Betreiber verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, die Reststoffe einerseits schadlos zu verwerten, aber andererseits die, die sie nicht verwerten können, geordnet in das bundeseigene Endlager zu überführen. Das finden Sie in § 9a Abs. 2.

Die Firma URENCO, die dieses Lager betreibt, kommt letztlich nur ihren Pflichten nach. Denn sie muss die radioaktiven Abfälle bis zur Errichtung eines bundesweiten Endlagers zwischenlagern und anschließend in das bundeseigene Endlager überführen. Der Betreiber, der letztendlich die radioaktiven Reststoffe verwertet, ist an der Stelle durchaus positiv zu sehen, da er ja die Menge reduziert. Dauerhaft ist es nicht infrage zu stellen, dass an der Kommission vorbei quasi ein Endlager aufgebaut wird, sondern es handelt sich um ein Zwischenlager. Wir wollen keine

dauerhafte Zwischenlagerung von Uranoxid in Gronau herbeiführen. Das ist wohl niemandes Willen in diesem Haus.

Von daher gehen Sie mit diesem Thema nicht seriös um. Wer den Atomausstieg ernsthaft betreiben will, darf nicht Mikado spielen. Sie wollen, dass sich niemand mehr bewegt. Das aber ist falsch und widerspricht dem Atomgesetz, ist rechtswidrig. Vor diesem Hintergrund ist der Antrag abzulehnen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Dünkel: Vielen Dank, Herr Kollege van den Berg. – Nächster Redner ist der Kollege Kufen für die CDU-Fraktion.

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)